Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

### Niederschrift

### **Innen- und Rechtsausschuss**

16. WP - 54. Sitzung

am Mittwoch, dem 19. September 2007, 14:00 Uhr, im Schloss Reinbek, Gottorf-Zimmer

### **Anwesende Abgeordnete**

Werner Kalinka (CDU) Vorsitzender

Axel Bernstein (CDU) i.V. von Peter Lehnert

Manfred Ritzek (CDU) i.V. von Ursula Sassen

Tobias Koch (CDU) i.V. von Monika Schwalm

Wilfried Wengler (CDU)

Konrad Nabel (SPD) i.V. von Peter Eichstädt

Thomas Hölck (SPD)

Klaus-Peter Puls (SPD)

Thomas Rother (SPD)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### Fehlende Abgeordnete

Wolfgang Kubicki (FDP)

Die Liste der weiteren Anwesenden befindet sich in der Sitzungsakte.

Seite

**Tagesordnung:** 

1. Masterplan für den Norden	4
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/653	
2. Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg	9
- <b>Dr. Rolf-Barnim Foth</b> , Leiter der Abteilung Norddeutsche Zusammenarbeit in der Senatskanzlei Hamburg	
- <b>Dr. Gunnar Gerwien</b> , Leiter Zentrale Planung in der Staatskanzlei Schleswig-Holstein	
3. Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg auf Kommunal- und Bezirksebene am Beispiel Reinbek/Hamburg- Bergedorf	11
- Detlef Palm, Bürgermeister der Stadt Reinbek/Kreis Stormarn	
<ul> <li>Dr. Christoph Krupp, Bezirksamtsleiter des Bezirks Hamburg- Bergedorf</li> </ul>	
4. Aktueller Sachstand und Projekte der Metropolregion Hamburg	13
- Eckhard Jacobs, Pressesprecher der Metropolregion Hamburg und stellv. Referatsleiter Europäische Raumordnung, Grenzüberschreitende sowie regionsbezogene Landesentwicklung im Innenministerium Schleswig-Holstein	
5. Verabschiedung einer Erklärung des Innen- und Rechtsausschusses zur Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg	15
Umdrucke 16/2344, 16/2371	
6. Verschiedenes	16

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Herr Palm, Bürgermeister der Stadt Reinbek, begrüßt den Ausschuss und stellt die Stadt Reinbek sowie das Schloss Reinbek kurz vor.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### Masterplan für den Norden

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/653

hierzu: Umdrucke 16/1371, 16/1456, 16/2215

**Prof. Dr. Hans H. Driftmann**, Präsident der Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein (UVNord)

Herr Dr. Driftmann, Präsident der Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein (UVNord), stellt einleitend fest, die Politik stehe zurzeit vor dem zentralen Problem, aufgrund der schlechten Haushaltslage nahezu politikunfähig geworden zu sein. Dieses Problem sei auch in Schleswig-Holstein evident. Zur Lösung dieses Problems gebe es mehrere Ansätze, einige davon würden bereits umgesetzt. Sparen allein werde jedoch nicht ausreichen. Es müsse dafür gesorgt werden, dass die Wirtschaft wieder so weit in Schwung komme, dass die Gewinne größer würden und sich dann auch durch die Abgaben entsprechend die Haushalte der öffentlichen Kassen wieder füllten. Wenn man es damit ernst meine, für die Wirtschaft entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, dürfe man auch Strukturfragen nicht ausklammern. Entscheidend sei, dass man Größenordnungen in den Strukturen schaffe, die auf der einen Seite dazu führten, Geld einzusparen, und auf der anderen Seite Rahmenbedingungen so setzten, dass die Wirtschaft erfolgreicher werde.

Herr Dr. Driftmann weist auf eine Vielzahl von Untersuchungen und Analysen unterschiedlicher Auftraggeber zu den Beziehungen zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg hin und hebt besonders die vom Unternehmensverband Nord in Auftrag gegebene Psephos-Studie hervor, die sich damit beschäftige, was die Bevölkerung zu einem Zusammenschluss von Hamburg und Schleswig-Holstein zu einem gemeinsamen Bundesland denke. Diese falle insgesamt positiv für den Zusammenschluss aus.

Er stellt fest, dass die Wirtschaftsstrukturen in Hamburg und Schleswig-Holstein deutliche Unterschiede aufwiesen, sich diese unterschiedlichen Strukturen jedoch gegenseitig ergänzten. Während die Hamburger Wirtschaft mit seinen großen Firmen eher exportorientiert arbeite, weise Schleswig-Holstein einen soliden Mittelstand auf und könne gut ausgebildetes Personal sowie Flächen zur Verfügung stellen. Impulse, die im Hinblick auf die Konjunktur und die Wirtschaftsinfrastruktur von Hamburg ausgingen, wirkten sich auch in das Umland nach Schleswig-Holstein aus, überwiegend natürlich in der Metropolregion. Das sei in den Hamburger Umlandkreisen sehr konkret zu spüren. Spektakulärstes Beispiel für eine gelungene Zusammenarbeit der beiden Länder stelle der Zusammenschluss der Landesbanken dar. Darüber hinaus gebe es auch viele andere kleinere Beispiele, in denen die länderübergreifende Zusammenarbeit sehr gut funktioniere. Überall dort gebe es positive Effekte, die sich auch durch Vertrauensgewinn von der Wirtschaft zeigten.

Herr Dr. Driftmann betont die Verpflichtung, konkrete Politik für die engere Zusammenarbeit der beiden Länder zu betreiben, denn davon profitiere nicht nur die Wirtschaft in den beiden Ländern. Natürlich müsse so etwas strategisch aufgebaut werden und mit einem Konzept hinterlegt sein. In der Wirtschaft gehe man davon aus, dass die Umsetzung eines strategischen Projektes zehn Jahre benötige. Das bedeute, dass man sich mindestens zwei Legislaturperioden Zeit lassen müsse, um die Dinge voranzutreiben. In einem ersten Schritt müsse die Ist-Situation analysiert werden, dann gelte es, daraus Handlungsoptionen zu entwickeln. Er sei der Auffassung, dass hier der Entwurf eines Masterplans der richtige Weg sei, um die unterschiedlichen Entscheidungen in diesem Bereich mit dem Ziel zusammenzuführen, eine Fusion zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein zu bewirken. Ein erster Schritt in diese Richtung müsse die Einrichtung einer gemeinsamen Wirtschaftsförderung von Schleswig-Holstein und Hamburg sein. Man müsse sich gemeinsam auch nach außen aufstellen, um nicht in einen ungewollten Wettbewerb gegeneinander zu geraten. Deshalb sei ein gemeinsames Marketingkonzept für beide Länder erforderlich. Dabei müsse immer im Auge behalten werden, dass nicht nur auf den Umkreis von Hamburg geschielt werden dürfe, sondern dass man bei diesem Gesamtkonzept auch eine Mitverantwortung für die Regionen nördlich des Kanals trage. Dieser Ansatz müsse mit Nachdruck verfolgt werden. Hierfür sei eine gemeinsame Landesplanung der beiden Länder erforderlich, eine Planung im echten Sinne des Wortes. Ein gemeinsames Auftreten der beiden Länder sei insbesondere gegenüber dem Bund und der Europäischen Union wichtig.

Auch im Gebiet der Wissenschaft und der Hochschulen müsse noch stärker die Zusammenarbeit gefördert werden. Es sei wichtig, Forschungsschwerpunkte zu bilden und einen regen Austausch der Hochschulen untereinander zu initiieren. Daneben gebe es die Fragen der Verkehrsinfrastruktur, die gemeinsam angegangen werden müssten. Im Moment bestehe noch das Problem, dass ein Unternehmen in Schleswig-Holstein einen Logistiktag mehr einkalkulieren müsse als ein Unternehmen südlich der Elbe. Das sei nur eines der Probleme, die gemeinsam angegangen werden müssten. Dazu gehöre auch ein gemeinsames Luftverkehrskonzept und der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals. Wichtig sei auch die Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet, damit die Länder und die Bevölkerungen zusammenwachsen könnten und ein Gemeinschaftsgefühl entwickelten, das einigermaßen tragfähig sei.

In der anschließenden Aussprache führt Abg. Hentschel unter anderem zur Begründung seines Antrages, Masterplan für den Norden, Drucksache 16/653, aus, dass er in seiner politischen Arbeit immer wieder feststelle, dass alle politischen Entscheidungen, egal auf welchem Gebiet, zunehmend mit Hamburg abgestimmt werden müssten. Aus dieser Erfahrung heraus, nicht weil er der Auffassung sei, dass das Land Schleswig-Holstein zu klein sei, sondern weil die Symbiose zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein immer enger werde, sei es aus seiner Sicht sinnvoll, die beiden Länder zusammenzuführen. Die Einrichtung einer Wirtschaftsförderregion mit Hamburg werde dazu führen, dass der Rest des Landes Schleswig-Holstein nur eine untergeordnete Rolle spiele. Wenn man wolle, dass für ganz Schleswig-Holstein die Verantwortung übernommen werde, dann müsse man diese Verantwortung auch institutionell verankern. Konkreter Anlass für den vorliegenden Antrag seien dann die Äußerungen nach einem Treffen von Bürgermeister von Beust und Ministerpräsident Carstensen gewesen, dass man in den nächsten zehn bis 15 Jahren die beiden Länder zusammenführen wolle. Wenn man jedoch über die Auflösung von Bundesländern rede, müssten sich mit diesem Thema auch die beiden Parlamente befassen. Wünschenswert sei, eine gemeinsame Enquetekommission mit Hamburg zu diesem Thema einzurichten, die dann auch offen für die Region südlich von Hamburg, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern sei. Deshalb habe er den Vorschlag von Herrn Dr. Driftmann für einen Masterplan für den Norden aufgenommen und versucht, das Ganze anhand einiger Beispiele in einem Antrag zu konkretisieren. Diese seien beispielhaft zu verstehen. Vor diesem Hintergrund begrüße er es sehr, dass sich der Ausschuss heute mit diesem Thema befasse und hoffe, dass damit der Beginn einer Diskussion im Landtag gemacht sei.

Herr Dr. Driftmann gibt zu bedenken, dass bei einem Zusammenschluss in größerem Rahmen, der über Hamburg und Schleswig-Holstein hinausgehe, nachgewiesenermaßen der Haushaltseffekt nicht so positiv ausfalle wie bei einem Zusammenschluss der zwei Länder Hamburg und Schleswig-Holstein. Er plädiere deshalb dafür, es zunächst bei diesem etwas kleineren Schritt zu belassen.

Abg. Ritzek betont die schon jetzt gute Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins und Hamburgs in unterschiedlichen Bereichen, zum Beispiel durch die gemeinsame Unterhaltung von Büros im Ausland rund um die Ostsee. - Herr Dr. Driftmann gibt ihm Recht, dass auch jetzt schon eine ganze Menge auf dem Gebiet der Zusammenarbeit passiere, in vielen Bereichen sei dies jedoch nicht genug. So gebe es zum Beispiel höchst unterschiedliche Rechtsausübungen in vielen Rechtsgebieten. Das sei für Unternehmen, die sich ansiedeln wollten, sehr unkomfortabel.

Abg. Puls möchte wissen, ob die Fusion der beiden Länder Hamburg und Schleswig-Holstein die notwendige Bedingung für die von Herrn Dr. Driftmann genannten nötigen Veränderungen - insbesondere im wirtschaftlichen Bereich - sei oder ob das nicht durch die engere Zusammenarbeit, die es jetzt schon in vielen anderen Bereichen zwischen den Ländern gebe, erreicht werden könne. Er weist in diesem Zusammenhang auf den Koalitionsvertrag hin, in dem von der Gründung eines Nordstaats nicht die Rede sei, sondern lediglich von einer Intensivierung der Zusammenarbeit. Außerdem sei für eine Neugliederung der Bundesländer nach dem Grundgesetz ein Bundesgesetz und ein Volksentscheid notwendig. Er vermöge zurzeit nicht festzustellen, ob man für einen solchen Vorstoß die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich haben werde.

Abg. Nabel erklärt, innerhalb der SPD werde die Frage des Nordstaats sehr kontrovers diskutiert. Für ihn stehe jedoch nicht die Frage im Vordergrund, ob man diese strukturelle Neuordnung brauche oder nicht, sondern die Frage, wie man für die Wirtschaft die Rahmenbedingungen so verändern könne, dass beide Länder davon profitierten. Er spricht den von Herrn Dr. Driftmann genannten zusätzlichen Logistiktag für die schleswig-holsteinischen Unternehmen an und möchte wissen, was geändert werden müsse, um hier die Rahmenbedingungen für die schleswig-holsteinischen Unternehmen zu verbessern. - Herr Dr. Driftmann antwortet, die Wirtschaft sei für jede Verbesserung dankbar, auch für eine engere Zusammenarbeit unterhalb einer staatlichen Vereinigung der beiden Länder. Eine Vielzahl von Problemen hänge jedoch grundsätzlich mit der unterschiedlichen Ländergesetzgebung und unterschiedlicher Rechtsauslegung zusammen. Dies könne man nur durch eine Zusammenlegung der beiden Länder vollständig angleichen. Die Logistik für die schleswig-holsteinischen Unternehmen werde man nur verbessern können, wenn man auch zu einer Elbquerung westlich von Hamburg komme. Auch das Abstimmungsproblem der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein zu dieser Frage, nämlich an welcher Stelle die Elbquerung kommen solle, könnte durch eine Fusion der beiden Länder aus der Welt geschafft werden. Er weist noch einmal auf das Ergebnis der Psephos-Studie hin, aus dem deutlich werde, dass es eine solide Mehrheit für die Vereinigung der beiden Bundesländer gebe.

Abg. Hentschel erklärt, auch er sei der Auffassung, dass man unterhalb der Schwelle einer Fusion der beiden Länder weiter verstärkt zusammenarbeiten könne. Einen Zusammenschluss

mit Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger werde es nur geben, wenn sich alle Parteien hinter ihn stellten, wenn das ein gemeinsames Projekt werde.

Abg. Wengler möchte die Hamburger Sicht zur Frage des Zusammenschlusses mit Schleswig-Holstein mit in die Diskussion hineinnehmen. - Herr Dr. Driftmann weist darauf hin, es sei erklärtes Ziel des von Herrn von Beust geführten Senats, sich nach Norden zu entwickeln. Hierzu habe es eine Vielzahl von Anstößen gegeben. Hier gebe es eine Priorität Hamburgs.

Abg. Bernstein spricht sich dafür aus, den eingeschlagenen Weg zur Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein weiter zu verfolgen und auszubauen, ohne Angst vor dem möglichen Ziel eines Zusammenschlusses. Aus seiner eigenen Erfahrung in einem Wahlkreis in der Metropolregion könne er sagen, dass die Wachstumsimpulse der Metropolregion auf einen bestimmten Umkreis begrenzt seien, auch wenn man sich eine Entwicklung in der gesamten Fläche des Landes wünsche. Für ihn spreche das dafür, dass Verwaltungsgrenzen weder ein entscheidendes Hemmnis noch ein entscheidendes Befördernis darstellten. Er unterstütze die Forderung nach einem gemeinsamen Wirtschaftsmarketing und einer gemeinsamen Wirtschaftsförderung.

Herr Dr. Driftmann betont, dass man in Zukunft etwas kreativer sein müsse, um Schleswig-Holstein nicht nur landschaftlich interessant und attraktiv zu halten, sondern auch in Bezug auf die Ansiedlung von Industrie und Dienstleistungsunternehmen voranzubringen. Voraussetzung dafür sei, dass man zu entsprechenden Einheiten finde, die diesen Anforderungen Rechnung trügen. Das betreffe nicht nur die Verwaltungsreform, sondern es gehe auch darum, die Kommunen zu stärken. Wenn man dies ernsthaft angehen wolle, dürfe man jedoch beispielsweise nicht aus emotionalen Gründen an bestimmten Kreisgrenzen festhalten.

Zur abschließenden Bemerkung des Vorsitzenden, Abg. Kalinka, zur Einbindung Hamburgs im Zusammenhang mit der Diskussion um mögliche neue Gebietszuschnitte in Schleswig-Holstein führt Herr Dr. Driftmann aus, Schleswig-Holstein sei selbstverständlich gut beraten, wenn es in seine Überlegungen auch Hamburg mit einbeziehe. Wichtig sei, dass Grenzen so zugeschnitten würden, dass wirtschaftliche Impulse, die von Hamburg ausgingen, möglichst weit in das Land hineingetragen werden könnten. Dabei gehe es darum, die richtige Größenordnung für die Kreise zu finden und eine Landesverwaltung auf den Weg zu bringen, die das Land Schleswig-Holstein befähige, auf einer Augenhöhe mit Hamburg zu verhandeln.

### Punkt 2 der Tagesordnung:

### Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg

- **Dr. Rolf-Barnim Foth**, Leiter der Abteilung Norddeutsche Zusammenarbeit in der Senatskanzlei Hamburg
- Dr. Gunnar Gerwien, Leiter Zentrale Planung in der Staatskanzlei Schleswig-Holstein

Herr Dr. Foth, Leiter der Abteilung Norddeutsche Zusammenarbeit in der Senatskanzlei Hamburg, führt zu den Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg unter anderem aus, dass in der Öffentlichkeit oftmals die Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg auf das Thema Metropolregion fokussiert sei, da diese ein sehr gutes Marketing betreibe. Dabei werde oft vergessen, dass sich die Zusammenarbeit in der Metropolregion bislang auf die Bereiche Raumordnung, Naturschutz und Naherholung beschränke. Über die Zusammenarbeit in der Metropolregion hinaus gebe es eine Reihe von anderen Beispielen, in denen die Kooperation der beiden Länder sehr gut funktioniere, das zeige unter anderem die Fusion der Landesbanken, bei Dataport oder in den Eichämtern sowie nach außen hin die gemeinsam betriebenen Hanse-Offices im Ostseeraum. Diese Zusammenarbeit sei inzwischen fest etabliert. Die Möglichkeiten der Kooperation stießen jedoch auch immer wieder an ihre Grenzen.

Herr Dr. Foth beschreibt im Folgenden Initiativen der beiden Länder im Bereich der Wirtschaftspolitik, insbesondere der Clusterpolitik. Diese funktioniere schon seit längerer Zeit in den Bereichen Werften/Maritime Wirtschaft und zurzeit versuche man, diese Politik auch auf den Lebensmittelbereich, den Food-Sektor und die chemische Wirtschaft auszudehnen. Außerdem sei man immer bestrebt, auch Regionen und Länder außerhalb der Metropolregion mit einzubeziehen. So würden zurzeit, grenzüberschreitend bis Mecklenburg-Vorpommern und nach Dänemark, großräumige Partnerschaften gegründet - das gehe dann auch in Richtung einem Masterplanidee -, um auch entferntere Landesteile mit der Metropolregion besser zu vernetzen. Interessant seien hierfür insbesondere die Universitäten und der Bereich des Tourismus, aber auch die Frage, wie man eine Brücke zum Øresund schlagen könne.

Er stellt fest, inzwischen hätten alle Beteiligten erkannt, dass sich Hamburg und Schleswig-Holstein im internationalen Wettbewerb gemeinsam positionieren müssten. Nach außen hin stellten die beiden Länder einen gemeinsamen Wirtschafsmarkt dar. Gerade im Marketing gehe es darum, nach außen sichtbar zu werden. Das gelinge einer Metropolregion Hamburg eher als einer Stadt Hamburg. Deshalb habe Hamburg jetzt seine Marketing- und Wirtschaftsförderungs GmbH geöffnet und die Kreise der Metropolregion seien als Gesellschafter mit eingestiegen. Dies alles beschränke sich zurzeit zwar auf die Metropolregion, aber so etwas müsse auch zunächst ausprobiert werden, bevor man es auf das ganze Land ausdehnen könne. Deshalb sei die große Variante nicht ausgeschlossen. Schon jetzt fänden eine Reihe von gemeinsamen Auftritten nach außen statt, wie man dies weiter ausdehnen könne, werde verstärkt geprüft und unter anderem auf Workshops diskutiert.

Im Hinblick auf die Diskussion zum ersten Tagesordnungspunkt merkt Herr Dr. Foth an, bei der ganzen Diskussion über die Einbeziehung auch der nördlichen Landesteile dürfe man nicht vergessen, dass der Süden Schleswig-Holsteins einen großen Anteil der Steuereinnahmen für das ganze Land generiere. Es mache deshalb wenig Sinn zu versuchen, etwas von Hamburg abzuziehen, man müsse stattdessen versuchen, die Regionen um Hamburg zu stärken, dann könne auch in Flensburg mehr investiert werden.

Herr Dr. Gerwien, Leiter Zentrale Planung in der Staatskanzlei Schleswig-Holstein, ergänzt, die Politik habe verstanden, dass es bei der Zusammenarbeit zwischen den Ländern Handlungsbedarf gebe. Die Staatskanzlei habe deshalb bei dem Institut für Weltwirtschaft eine Studie in Auftrag gegeben, in der die Chancen für eine gemeinsame Wirtschaftsregion Schleswig-Holstein und Hamburg untersucht werden sollten. Zum einen solle in der Studie die "Strahlkraft" Hamburgs untersucht werden, zum anderen aber auch mögliche Potenziale der ländlichen Räume Schleswig-Holsteins, zum Beispiel der Westküste. Außerdem werde untersucht, inwieweit die Städte Flensburg, Kiel und Lübeck selbst kleine Metropolen darstellten und Auswirkungen auf das Umland hätten. Dem Institut für Weltwirtschaft liege inzwischen reichlich Material vor, zurzeit führe es Expertenbefragungen unter anderem mit Unternehmen, Wirtschaftsförderern und Kommunalpolitikern durch. Nach der Vorlage der Studie, die Mitte Oktober erwartet werde, sei die Durchführung eines Kongresses zur Diskussion des Gutachtens geplant. Ziel sei es, im ersten Quartal 2008 eine Vorlage für das Kabinett mit Perspektiven für die Zukunft zu erarbeiten. Er stellt im Folgenden kurz die Konzeption des geplanten Kongresses dar.

### Punkt 3 der Tagesordnung:

### Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg auf Kommunal- und Bezirksebene am Beispiel Reinbek/Hamburg-Bergedorf

- Detlef Palm, Bürgermeister der Stadt Reinbek/Kreis Stormarn
- Dr. Christoph Krupp, Bezirksamtsleiter des Bezirks Hamburg-Bergedorf

Herr Palm, Bürgermeister der Stadt Reinbek, stellt die Stadt und die Beziehungen zum Nachbarbezirk Bergedorf kurz dar. Beide seien eng miteinander verzahnt, nicht nur in verkehrlicher Hinsicht. Es gebe einen großen Pendlerstrom in beide Richtungen. Frühere Untersuchungen hätten ergeben, dass 60 % der Pendlerströme morgens Richtung Hamburg gingen jedoch auch 40 % Richtung Reinbek, in erster Linie in ein namhaftes Gewerbegebiet. Im Bewusstsein der Bevölkerung spiele die Landesgrenze eine relativ geringe Rolle. Auch wenn die Stadt Reinbek in eine andere Hierarchieebene eingebunden sei als der Bezirk Bergedorf, versuche man, so viel wie möglich abzusprechen und zu kooperieren. So gebe es ein gemeinsames Einzelhandelsforum, um den Wettlauf um Ansiedlung von Unternehmen ein wenig zu bremsen beziehungsweise in geordnete Bahnen zu lenken. Diese Institution sei noch relativ neu, habe sich aber schon bewährt. Die in der Region Beteiligten, das seien außerdem auch noch Barsbüttel, Glinde und Geesthacht, hätten gemeinsame Spielregeln vereinbart, wie man sich über die Dinge untereinander informieren und abstimmen wolle und träfen sich in regelmäßigen Abständen zu Absprachen. Wichtiges Thema sei hierbei natürlich der Verkehr, insbesondere der ÖPNV. Erste Ansätze gebe es auch, im Bildungssektor zu kooperieren, zum Beispiel bei den Volkshochschulen und im Kulturbereich.

Herr Palm wünscht sich von der Landesregierung und vom Parlament noch mehr Ermunterung zu dieser überörtlichen Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg. Insgesamt könnte er sich noch mehr Kooperation in vielen einzelnen kleinen Bereichen vorstellen, aber auch beispielsweise bei der Erledigung von Verwaltungsaufgaben.

Herr Dr. Krupp, Bezirksamtsleiter des Bezirks Hamburg-Bergedorf, ergänzt, eigentlich diskutiere der Ausschuss heute darüber, wie die Verwaltung das nachvollziehen könne, was die Menschen in dieser Region längst umgesetzt hätten, nämlich das Leben ohne Landes- oder auch Kreisgrenzen. Er begrüßt die Diskussion über das Thema Nordstaat, da dadurch die Gegner eines Nordstaats gezwungen seien, die Zusammenarbeit mit Hamburg verstärkt auszubauen. Es sei festzustellen, dass sich die Möglichkeiten der Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinweg in den letzten Jahren verbessert hätten. Beispielhaft nennt er die Planung

eines Wohnbaugebietes, die vor Jahren noch an den unterschiedlichen Voraussetzungen des Baurechts der verschiedenen Länder gescheitert sei und jetzt pragmatisch angegangen werden könne.

Anknüpfend an die Ausführungen von Herrn Palm zum Einzelhandelsforum führt er aus, für ihn sei insbesondere die vom Einzelhandelsforum durchgeführte Bestandsaufnahme der Einzelhandelsentwicklung über die Landesgrenzen hinweg interessant gewesen, bei der festgestellt worden sei, dass nur 75 % der Kaufkraft auch in der Region verbleibe und 25 % komplett aus der Region abfließe. Das bedeute, für Hamburg-Bergedorf sei nicht der Kreis Stormarn oder die Stadt Reinbek Konkurrent, sondern die Hamburger City. Die Einrichtung des Einzelhandelsforums habe dazu geführt, dass die Beteiligten nicht mehr in erster Linie ihre eigenen Gebiete sondern die ganze Region betrachteten.

### Punkt 4 der Tagesordnung:

### Aktueller Sachstand und Projekte der Metropolregion Hamburg

- Eckhard Jacobs, Pressesprecher der Metropolregion Hamburg und stellv. Referatsleiter Europäische Raumordnung, Grenzüberschreitende sowie regionsbezogene Landesentwicklung im Innenministerium Schleswig-Holstein

Herr Jacobs, Pressesprecher der Metropolregion Hamburg, stellt auf der Grundlage einer Tischvorlage (Anlage zu diesem Protokoll) den Aufbau, die Schwerpunkte der Neuausrichtung der Metropolregion 2005 und einzelne Projekte kurz vor. Er weist unter anderem darauf hin, dass demnächst die bei der Neuausrichtung vereinbarte Evaluierung anstehe. Es habe sich eine Arbeitsgruppe gebildet, die bereits erste Schritte eingeleitet habe. Fest stehe, dass die Geschäftsstellen in Hamburg zentral zusammengeführt werden und die Personalstellen nach Möglichkeit mit Vollzeitstellen ausgestattet werden sollten. Das sei sicher Voraussetzung dafür, dass sich die Metropolregion in Zukunft noch besser als bisher in die einzelnen Projekte einbringen könne.

In der anschließenden gemeinsamen Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 2, 3 und 4 stellt Abg. Puls fest, alle Vortragenden hätten übereinstimmend den gemeinsamen Arbeitsmarkt Hamburg/Schleswig-Holstein hervorgehoben. Vor dem Hintergrund sei es für ihn nicht nachvollziehbar, dass der öffentliche Nahverkehr in den Grenzgebieten immer noch unzureichend aufeinander abgestimmt und ausgestattet sei. Hier müsse das Parlament - insbesondere vor dem Hintergrund der Einsparungen auf Bundesebene - prüfen, ob Einsparungen kompensiert werden könnten und generell auf die Zustimmung des Landes träfen. Er regt an, sich in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Wirtschaftsausschuss vom Wirtschaftsminister vortragen zu lassen, welche Möglichkeiten es gebe, das geballte Fahrgastaufkommen in den Regionen rund um Hamburg im ÖPNV angemessen zu bedienen.

Abg. Rother schlägt vor, dass sich der Ausschuss nach Vorlage und Auswertung des Gutachtens des Instituts für Weltwirtschaft im Auftrag der Staatskanzlei erneut mit dem Thema Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg und dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Masterplan für den Norden, Drucksache 16/653, befassen sollte. - Herr Dr. Gerwien schlägt vor, in Abstimmung mit ihm im nächsten Jahr einen neuen Ausschusstermin zu suchen. - Der Ausschuss stimmt diesem Verfahrensvorschlag zu.

Abg. Rother möchte wissen, nach welchen Kriterien die Bereiche ausgewählt würden, in denen eine enge Kooperation oder sogar eine Fusion von Behörden eingeleitet werde. - Herr Dr. Foth antwortet, die einzelnen Bereiche würden natürlich nicht zufällig ausgewählt, sondern man schaue, wo es am wenigsten Streitigkeiten und Schwierigkeiten geben werde, wo beispielsweise ohnehin eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit schon stattfinde, wo die Chemie zwischen den Beteiligten stimme und wo Einsparpotenzial bestehe.

Abg. Puls plädiert dafür, dass der Ausschuss sich schon möglichst Ende des Jahres mit den Verkehrsproblemen im ÖPNV im Hamburger Randbereich befassen sollte. - Der Ausschuss stimmt diesem Verfahrensvorschlag zu.

### Punkt 5 der Tagesordnung:

Verabschiedung einer Erklärung des Innen- und Rechtsausschusses zur Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg

Umdrucke 16/2344, 16/2371

Der Ausschuss verabschiedet nach kurzer Aussprache einstimmig die Erklärung zur Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg in der Fassung des Umdrucks 16/2371.

Schleswig-Holsteinischer Landtag - 16. WP - Innen- und Rechtsausschuss -

54. Sitzung am 19. September 2007

16

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Ausschuss kommt nach kurzer Diskussion überein, zu versuchen, am Rande der von der Landesregierung geplanten Vorstellung der Gutachten zur Verwaltungsstrukturreform für die kommunalen Landesverbände einen Termin mit dem Innen- und Rechtsausschuss zu vereinbaren. Er beschließt, am 8. Oktober 2007 eine reguläre Sitzung des Innen- und Rechtsausschuss

schusses durchzuführen.

Außerdem legt er seine Sitzungstermine für das erste Halbjahr 2008 fest, Umdruck 16/2374.

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, schließt die Sitzung um 15:50 Uhr.

gez. Werner Kalinka

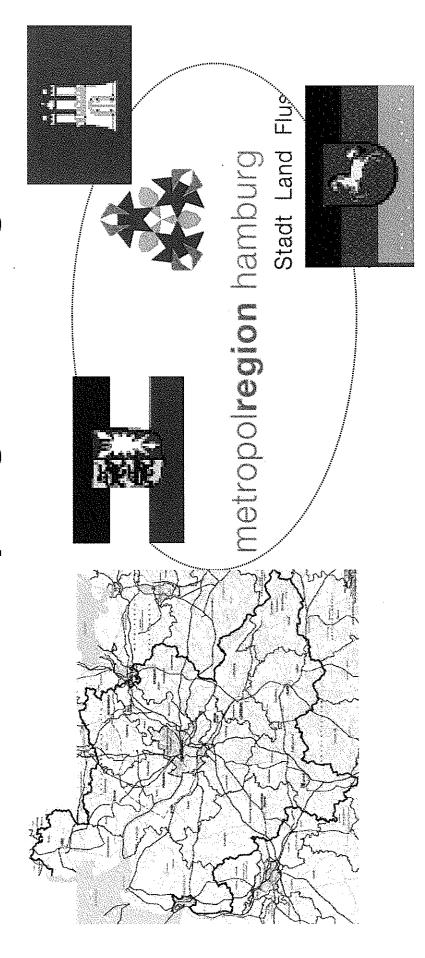
Vorsitzender

gez. Dörte Schönfelder

Geschäfts- und Protokollführerin



# Die Metropolregion Hamburg



Eckhard Jacobs

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Metropolregion Hamburg Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein Tel.: 0431 / 988-5071

eckhard.jacobs@im.landsh.de

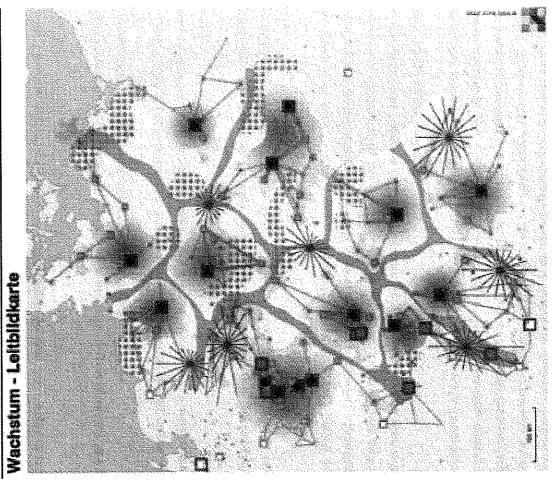
www.metropolregion.hamburg.de



→ 11 deutsche Metropolregionen als Wachstumsmotoren im Focus der Globalisierung

→ Ausgleich zwischen
 Metropolregionen und ländlichen
 Räumen durch Großräumige
 Verantwortungsgemeinschaften



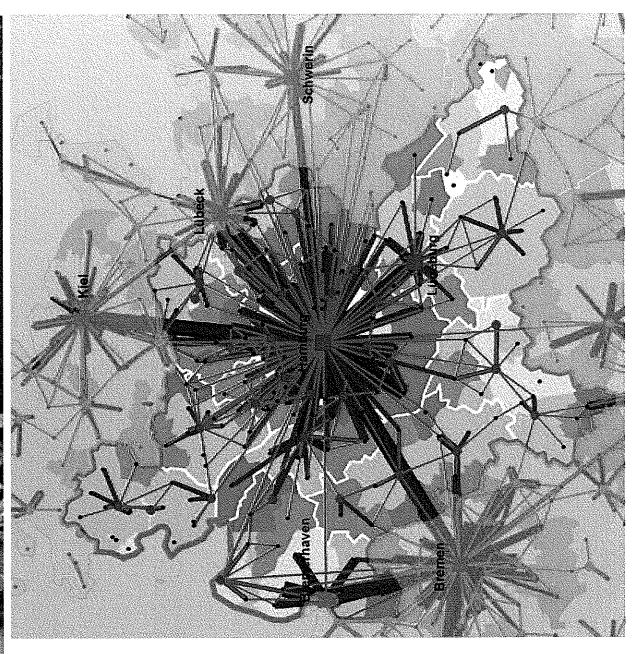


# hamburg.de

Pendlerströme im Großraum Hamburgs

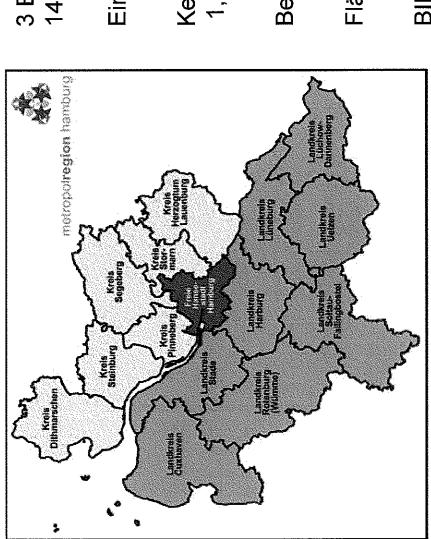
Täglich

80.000 aus Hamburg **270.000 Pendler** nach Hamburg





# Die Metropolregion Hamburg ist eine freiwillige Kooperation zwischen Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen + 14 Landkreisen.



3 Bundesländer; 14 Kreise (800 Kommunen);

Einwohner: 4,3 Millionen

Kerngebiet Hamburg: 1,7 Millionen Einwohner

Beschäftigte: 1,4 Millionen

Fläche: ca. 19.700 km²

BIP 2003: 128,3 Mrd. €



# Neuausrichtung 2005 - Internationalisierungsstrategie

# 1. Internationalisierung als Reaktion auf Globalisierungsprozesse

Ziel: Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit

- Internationales Marketing (Wirtschaftsförderung, Tourismus)
- Stärkung der EU-Kompetenzen (METREX, INTERREG) 🕬
- Zusammenarbeit mit anderen Regionen auf nationaler und internationaler Ebene.
- Stärkung regionaler Kompetenzcluster (Luftfahrtindustrie, Life Science, Logistik usw.)
- Im Allgemeinen: Ein verstärkt strategischer Blick aus ökonomischer Perspektive

# 2. Entwicklung neuer regionaler Strategien zur Daseinsvorsorge

Ziel: Erhaltung/Verbesserung der sozialen, kulturellen, technischen Infrastruktur angesichts des demographischen Wandels und wachsender Haushaltsdefizite der öffentlichen Hand.

- Neue politische Orientierung "Wachsende Region"
- Gemeinsame Verwaltungsmodernisierung (Leitprojekt E-Government usw.)

# 3. Regionale Raum- und Verkehrsplanung

Ziel: Verbesserung der regionalen Entwicklung

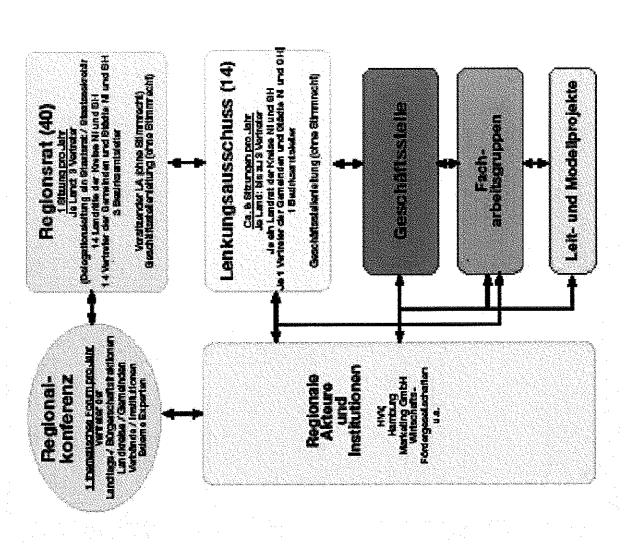
- Gewerbeflächenmanagement / Ausgleichsflächenmanagement
- Verkehrsplanung

# 

### Struktur:

Die Metropolregion lebt in ihren gemeinsamen Visionen, Ideen und Projekten auf der Grundlage des Engagements ihrer zahlreichen Akteure und den von den Trägern zur Verfügung gestellten finanziellen Mitteln.

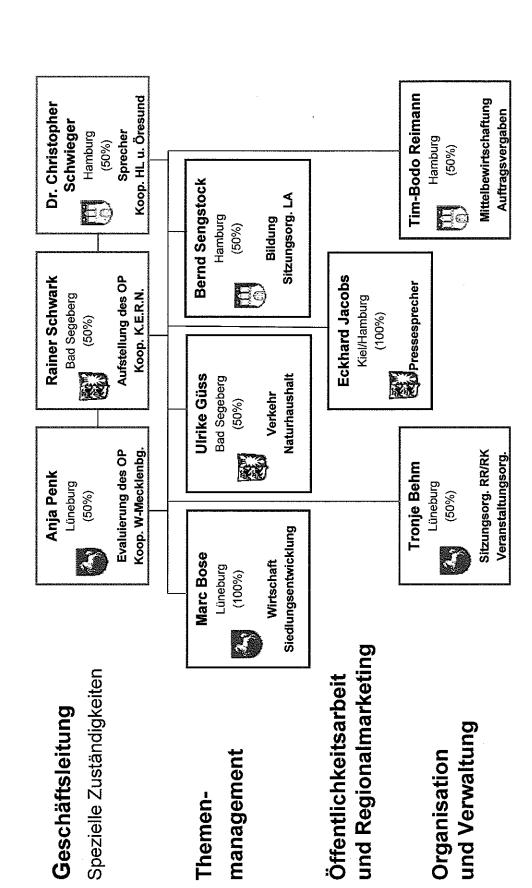
Die Geschäftstelle, die Facharbeitsgruppen und der Lenkungsausschuss moderieren, organisieren und begleiten diesen Prozess.





Geschäftsstelle der MRH:

Alle Kontaktdaten unter www.metropolregion.hamburg.de





## Struktur der Projekte:

2004/2005 ca. 55 unterschiedliche öffentliche und private Kooperationsprojekte, finanziert durch die zwei bilateralen Fonds (HH-SH / HH-NI).

24 grenzüberschreitende Projekte in allen drei Bundesländern (trilateral).

17 grenzüberschreitende Projekte in zwei Bundesländern (bilateral).

14 Projekte im jeweiligen Bundesland.

# Fördervoraussetzungen:

Repräsentation der gemeinsamen Ziele und Inhalte der regionalen Kooperation

Strategische Bedeutung für die ganze Region

Modell-Charakter für die Region hinsichtlich der Themenwahl

Modell-Charakter für die Region hinsichtlich der gemeinsamen Realisierungsstruktur

### Finanzierung:

Co-Finanzierung (i.d.R. 50%) durch bilaterale Förderfonds (ca. 3 Millionen € p.a.)

Budget der Geschäftsstelle - € 250.000,- (ohne Sachkosten)



# Beispiel: Förderungen für den Kreis Stormarn

Positiv entschiedene Förderanträge des Förderfonds Hamburg/Schieswig-Holstein 2004-2006

Kreis Stormam

Gesamtkosten in EUR Maßnahme Antragsteller

Radwanderweg Gem. Steinburg

Kreis Stormarn

2004

Bargteheide Amt Siek Amt Siek

_		5		0
159.000,00	50,000,00	355.200,00	33.000,00	0'000
159	150	355	33	20
<u> </u>				

318.000,00 1.330.000,00

587.000,00 100,000,00 104.000,00

Fördersumme

747.200,00

gesamt

Interkommunales Einzelhandelsforum

Stadt Reinbek

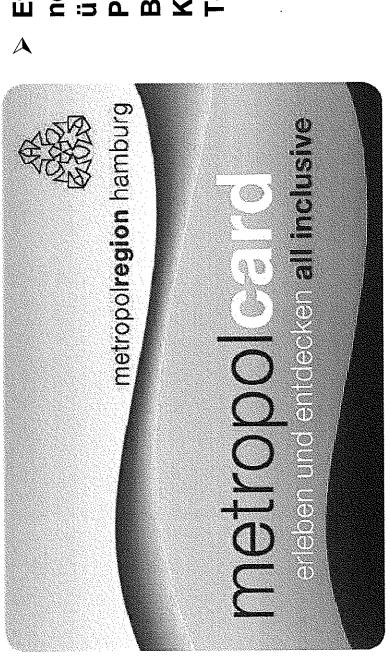
Dorfentwässerung Hoisdorf

Höltigbaum **Park&Ride** 

2.439.000,00



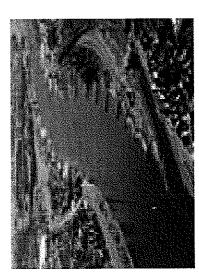
## **Projektbeispiel**

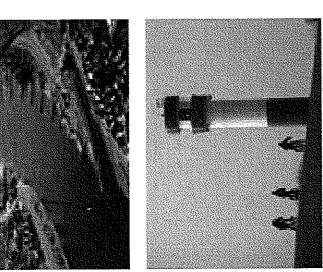


Etablierung eines neuen länderübergreifenden Produktes für den Bereich Freizeit, Kultur und Tourismus.



## Projektbeispiel





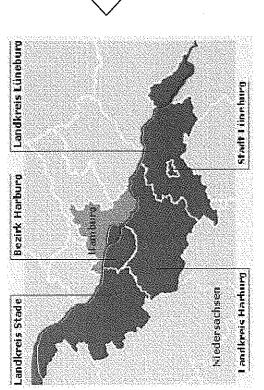


Maritime Landschaft Unterelbe A

Unterstützung des regionalen Tourismus durch Finanzierung des Projektmanagements, der Infrastruktur und durch Schutz des maritimen Erbes.

# in harmburg. de

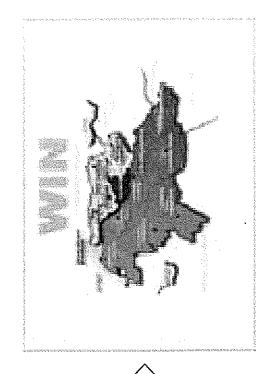
## Projektbeispiel



Wachstumsprojekte /-perspektiven in "Wachstumsinitiative Nordelbe": Identifizierung der regionalen der Nordelberegion.



"Wachstumsinitative Süderelbe": Identifizierung der regionalen Cluster in der Südelberegion. Wachstums-initiativen und





# **Marketingprojekte**

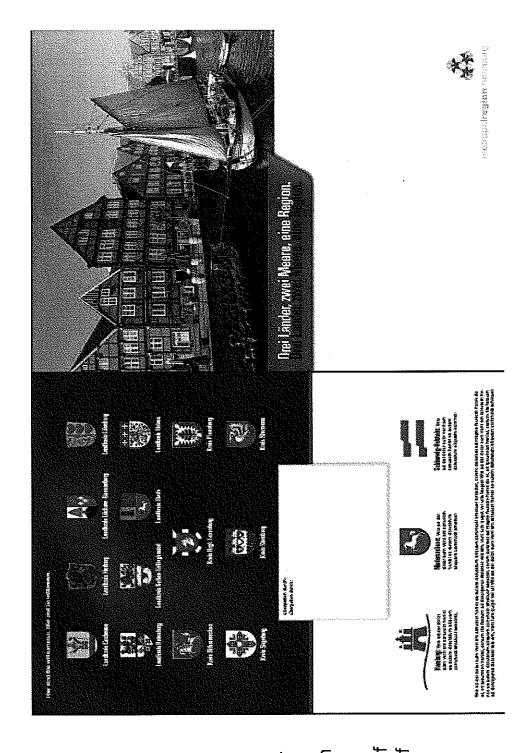
## Imagebroschüre

- geplant -

**Auflage: 25.000** 

Empfänger: Medien, Verwaltung, Politik, Touristen, nationale und internationale Multiplikatoren.

Ziel: Imagestärkung -MRH als eine der wettbewerbsfähigsten Regionen Europas Inhalt: Fokus liegt auf REGION, weniger auf Hamburg

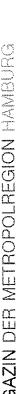


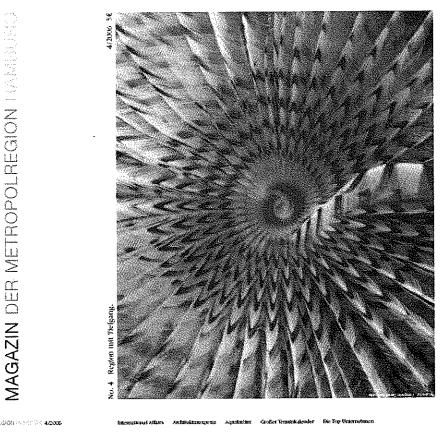


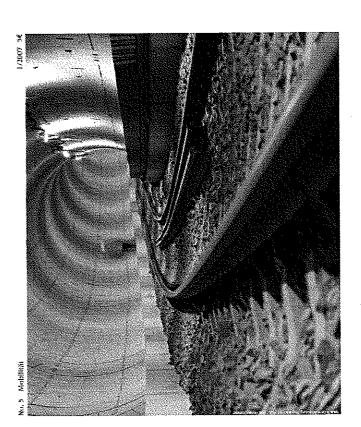




# MAGAZIN DER METROPOLREGION HAMBURG

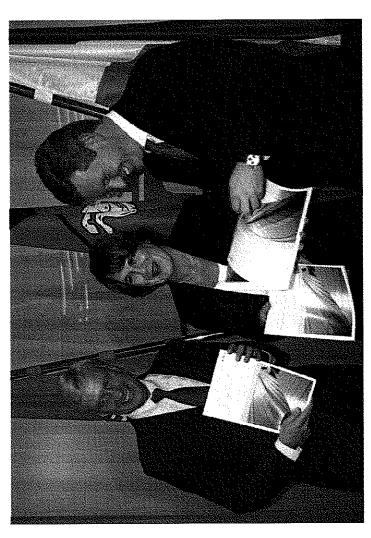












Stalltan nach dar i Interzalchnung das Staatsvartragas das naue Magazin der Matronoltagion Hamburg

- Erste Ausgabe Dez. 2005: "Eine Region hebt ab"
- aktuelle Nr. 5 "Mobilität"
- Nächste Ausgabe: Juli 2007

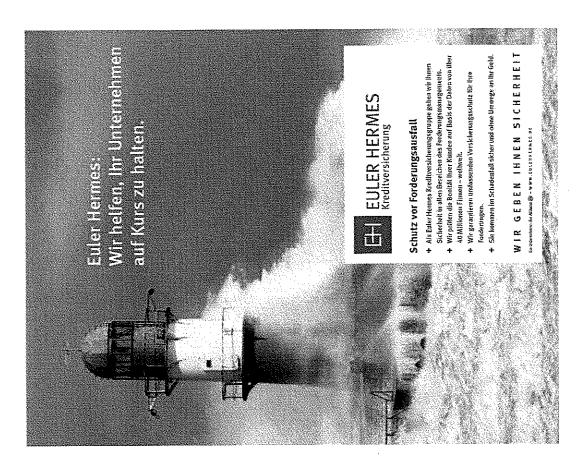
## Magazin der Metropolregion Hamburg

- vierteljährlich - Auflage: 40.000 Stück
- Empfänger:

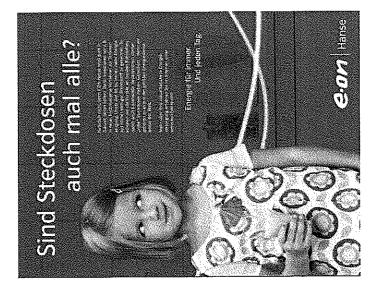
Wirtschaftsförderungen Unternehmen der MRH, Politik (Land, Kreis, Kommunen)

- Ziel: "Wir-Gefühl" schaffen; Identifikation mit Region, Nachrichtenvermittlung, Selbstdarstellung
- Refinanzierung durch max. 1/3 Anzeigenanteil: seit Ausg. 4 erreicht



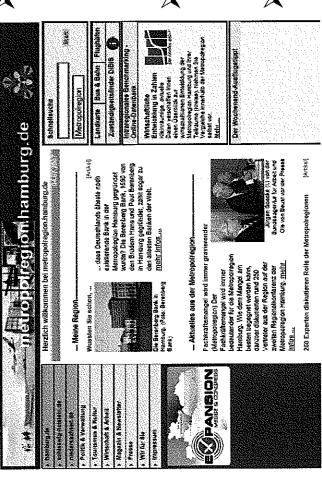


Inzwischen hohe Akzeptanz bei europaweit tätigen Unternehmen für Anzeigen im Magazin der Metropolregion Hamburg





# Internetauftritt der Metropolregion



 Modernisierung des Internetauftrittes als zentrales Element des Regionalmarketings ➤ Schwerpunktthemen:
Wirtschaft und Tourismus

Inhalte aller Kreise und Landkreise







## Medieninformation

6. November 2006

## Einmalig in Europa:

# Daten zur Metropolregion auf einen Klick

Metropolregion Hamburg startet intraregionalen Leistungsvergleich

Ein bislang europaweit einmaliger Regionenvergleich wurde jetzt im Internet-Auftritt der Metropolregion Hamburg frei geschaltet. Unter www.metropolregion.hamburg.de visualisiert eine interaktive Karte acht wichtige Wirtschaftsindikatoren aller Mitgliedskreise und der Hansestadt Hamburg. Vergleichen lassen sich etwa die Beschäftigtenentwicklung, die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen, Gewerbeanmeldungen je 1000 Einwohner oder die Kaufwerte für Bauland. Dabei können die Indikatoren der Jahre 2005 bzw. 2004 mit dem Bezugsjahr 2002 verglichen werden. Darüber hinaus stehen in Tabellenform mehr als 100 Merkmale für 13 verschiedene Themenfelder zum Vergleich zur Verfügung, z.B. Bevölkerungsstand, Erwerbstätige, Pendler, Bruttowertschöpfung, Einkommen privater Haushalte, Umsätze, Unternehmen, Hebesätze, Schulden, Kaufwerte für baureifes Land und Mieten. Die Nutzer können die regionalen Einheiten selbst auswählen und vergleichen.

# **Aktuelle Pressearbeit**

nach dem Kommunikationskonzept

### Ziel:

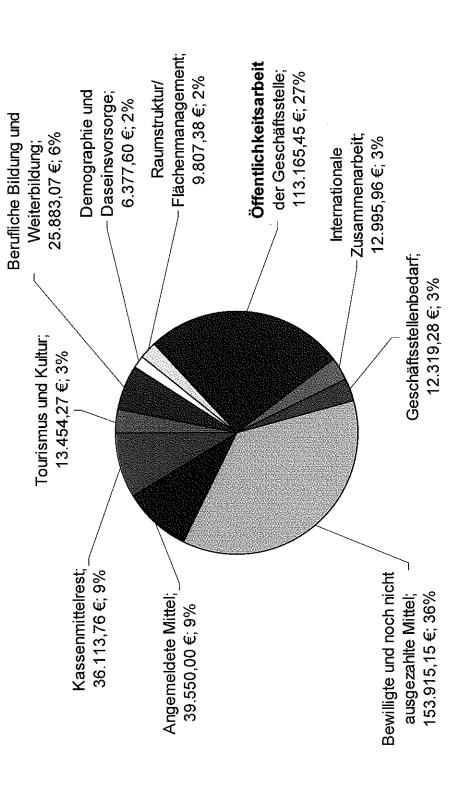
- Medienpräsenz erhöhen
- Einheitlicher Stil
- Faktenvermittlung

### Botschaft:

- Tatkraft
- Lösungsorientiert
- international aktiv
- regional handelnd



# Verfügungsmittel 2006





# Arbeitsstabmittel

Beitrag der 3 Bundesländer Beitrag der 14 Kreise

 $3 \times 51.000 = 153.000$   $14 \times 7.000 = 98.000$  = 251.000

### Fonds

Nord Fond SH / HH Süd Fond Nds / HH

1,5 Mio €

1,2 Mio €

# Geschäftsstelle seit 1.1.2006

Abordnung von 6 Stellen / 9 Personen durch die Träger:

Hamburger Senat : 2,

Landesregierungen NI und SH je 1,

Kreise in NI und SH je 1





Demnächst erhalten Sie von der Geschäftsstelle eine Landkarte der Metropolregion Hamburg als Beilage im Magazin

### Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit



metropolregion hamburg

